

## Editorial

Was ist erinnerungswürdig und was der Erinnerungswert? Durch die sich ausbreitende Cancel-Culture der Allwissenden verschieben sich allenthalben die Gewichte auf der Waagschale der Wertschätzungen. In den meisten Ostblockstaaten verschwanden nach der Befreiung vom Kommunismus die Statuen der Heroen dieser Weltbeglückungsideologie, viele Straßen und Plätze wurden nach den Systemwechseln umbenannt. In Ost-Berlin traf es den Lenin-Platz und die darauf platzierte gigantische Statue des Bolschewistenführers. In Tiraspol hingegen steht sein Monument unberührt vor dem Parlamentsgebäude. Seinem Schöpfer, dem Präsidenten der sowjetischen Kunstakademie, Nikoïlaj Tomsy, war auch der ziemlich ähnlich geratene Lenin zu verdanken, der 1970 in Ost-Berlin aufgestellt wurde und 1991 von dort verschwinden mußte. Unter die Erde gebracht harrte das zweifelhafte Kunstwerk auf künftige Archäologen.

Kritiker der damaligen Cancel-Culture haben das Verschwinden Lenins der Wiedervereinigung in die Schuhe geschoben. Inzwischen ist Wladimir Iljitsch wiederaufgetaucht, das heißt, sein entscheidender Körperteil, der dicke Kopf, ist wieder ausgegraben worden. Nun liegt er quer in Lauerstellung auf der Spandauer Zitadelle und wartet auf seine Wiederaufrichtung. Die Dauerausstellung „Enthüllt“ in der Zitadelle zeigt seit 2016 alle möglichen Opfer der Cancel-Culture aus guten und schlechten Epochen. Spandau ist ja immerhin ein ausgewiesener Gewahrsamsort für Finsterlinge aus üblen Zeiten.

Mit den bislang nicht erforschten Berliner Gewahrsamsorten, in denen nach dem Einmarsch der Roten Armee 1945 Strafgefangene aller Art einsaßen, hat sich Peter Erler befasst. Seine Topografie der Haftorte erzählt die Nachkriegsgeschichte von ganz Unten. Wer musste damals aus welchen Gründen in den Zellentrakten sein Dasein fristeten und wer waren die Aufseherinnen und Aufseher, denen die eingesperrten Frauen und Männer ausgeliefert waren. Einige von ihnen verrichteten schon in der NS-Zeit in den Verwahrrorten ihren Dienst, darunter die Oberwachtmeisterin Charlotte Schanuel, der Erich Honecker vermutlich sein Überleben zu verdanken hatte.

In Oranienburg wird darüber gestritten, ob eine Straße nach Gisela Gneist benannt werden darf, die als junges Mädchen 1946 von einem Sowjetischen Militärtribunal wegen „Bildung einer konterrevolutionären Vereinigung“ verurteilt wurde und bis 1950 im Speziallager Sachsenhausen inhaftiert war. Gisela Gneist engagierte sich bis zu ihrem Tod im Jahr 2007 für die Aufarbeitung des damaligen Unrechts und gehörte als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Inhaftierter im Speziallager Nr. 7 Sachsenhausen zu den unbequemen Geistern in der Erinnerungspolitik. Kritiker werfen ihr vor, 1940 im Alter von zehn Jahren dem Jungmädelfbund beigetreten zu sein und 1942 als Zwölfjährige Jungmädelführerin geworden zu sein. Thomas Ney setzt sich in seinem Beitrag kritisch mit den Kritikern aus dem Institut für Zeitgeschichte auseinander.

Die Fabrikanten Hermann Koebe senior und Hermann Koebe junior, die in Luckenwalde eine Fabrik für Feuerwehrfahrzeuge besaßen, inhaftierte die sowjetische Besatzungsmacht im Speziallager Ketschendorf. Hermann Koebe senior überlebte die grausamen Haftbedingungen wie etliche andere Luckenwalder Bürger nicht. Wir dokumentieren in dieser Ausgabe die Rede von Pfarrer Wilfried Flach, der anlässlich des Volkstrauertages 2021 auf dem Friedhof Gottow zum Gedenken an die Todesopfer des Lagers Ketschendorf sprach.

Ob und wie man sich heute in Georgien an den bekanntesten Sohn des Landes, Josef Stalin, erinnert, behandelt Georgi Kakabadze in seinem Artikel. Vieles was in seinem Heimatland heute noch aus alten Zeiten nachwirkt, lässt sich auf Relikte der sowjetischen Erinnerungspolitik zurückführen. Die postsowjetische Gamsachurdia-Regierung besann sich in ihrer Gedächtnispolitik auf das ältere „Georgiertum“, um dem Land andere Erinnerungswerte anzubieten.

Erinnerungen an die Vorkriegswelt im Vielvölkerstaat Tschechoslowakei sollten dort hingegen nach der Vertreibung der Deutschen und der Umsiedlung von Ungarn und Roma zum Verschwinden gebracht werden. Eugenie Trützschler beschreibt, welche Bedeutung der Panslawismus und die Idee der Schaffung eines einheitlichen slawischen Staates der Tschechen und Slowaken für die Kommunistische Partei in ihrem Heimatland nach 1945 hatte.

Wie er als Zehnjähriger in der DDR die Abriegelung des Landes durch den „antifaschistischen Schutzwall“ erlebte, hat Christoph Kuhn aufgeschrieben. An den weithin vergessenen Kunsthistoriker Richard Hiepe, Kommunisten und Gründer der Zeitschrift *tendenzen* sowie der Neuen Münchner Galerie erinnert sich Hannes Schwenger mit historischer Expertise und aus persönlicher Bekanntschaft.

Eine Kunstrichtung ganz anderer Art verwirklichte Köpfe ihres Fachs in den Texten und Karikaturen des antikommunistischen Satiremagazins *Tarantel*, das von 1950 bis 1961 in West-Berlin gedruckt und unter großer persönlicher Gefahr in der DDR verbreitet worden ist. Wer mit dem Blatt erwischt wurde, kam wegen „Boykotthetze“ für Jahre hinter Gitter. Dank der Multimediaproduzenten von *Zone 5* kann man jetzt die ersten Jahrgänge der lange vergessenen Zeitschrift im Internet abrufen.

Über das Leben und den Tod des DDR-Grenzsoldaten André Rößler, der am 4. September 1976 an der innerdeutschen Grenze einer Splittermine zum Opfer fiel, hat Roman Grafe eine ergreifende Audio-CD produziert, die hoffentlich ebenso wie die Multimediapräsentation der *Tarantel* Eingang in die politische Bildung findet. Die Splitterminen an der innerdeutschen Grenze, die 15 Menschen das Leben kosteten und eine unbekannte Zahl verletzen, verstießen gegen eine von der DDR unterzeichnete UNO-Konvention. Auch durch die Einforderungen der Menschenrechte sah sich die SED-Diktatur zu Zugeständnissen gegenüber UNO-Anliegen und den Forderungen ihrer eigenen Bürger gezwungen, nachzulesen im Artikel über die UNO-Menschenrechtskommission in dieser Ausgabe.

Das polnische Grenzregime der kommunistischen Ära ist Geschichte. Es richtete sich gegen die eigenen Bürger, woran Boguslaw Tomasz Czerwiński erinnert. Die aktuellen Probleme an der polnischen Grenze zur Weißrussland sind anderer Natur und erinnern an die Erpressungsmanöver, die das SED-Regime 1986/87 durch die Einschleusung von Flüchtlingen aus Sri Lanka und Afrika nach West-Berlin in Szene gesetzt hat. Damals versuchte Wolfgang Schäuble erfolglos für die Regierung Kohl den Zustrom einzudämmen. Egon Bahr hat der SPD hinter den Kulissen den Zuschlag für die Lösung des Problems und Kanzlerkandidat Johannes Rau einen schönen Presseauftritt verschafft. Die von ihm dafür versprochene Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft kam nicht zustande, weil Rau die Wahl gegen Helmut Kohl verlor. Ohne die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft ließ sich die Wiedervereinigung 1990 leichter gestalten. Peter März befasst sich unter „Buch und Diskussion“ mit den damaligen Akten des Auswärtigen Amtes und den Missliebigkeiten zwischen Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher.

Natürlich enthält diese ZdF auch wieder Rezensionen, die von Erinnerungswert sind.

*i. A. Jochen Staadt*